

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 29. November 1965

Blatt 3185

## Sensationeller Ankauf der Wiener Stadtbibliothek: Hugo Wolf-Briefe

=====

29. November (RK) Von einem Münchner Musikantiquariat wurde der Wiener Stadtbibliothek die vollständige, 245 eigenhändige Schriftstücke umfassende Sammlung der Briefe Hugo Wolfs (1860 bis 1903) an die Wiener Hofjuweliersgattin Melanie Köchert angeboten. Diese Briefe waren der einschlägigen Forschung bis vor kurzem nur in ihrer Existenz, nicht aber in ihrem Inhalt bekannt. Ihr Besitz vermittelt daher gänzlich neue Aufschlüsse über das Leben und Schaffen des großen österreichischen Komponisten Hugo Wolf. Die Handschriftensammlung der Wiener Stadtbibliothek, in der die Briefe nach ihrem Anhang aufbewahrt werden sollen, gehört neben dem Goethe- und Schiller-Archiv zu den größten deutschsprachigen Briefsammlungen.

Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat nun dem Ankauf der Hugo Wolf-Briefe zugestimmt und die Kosten in Höhe von 345.000 Schilling bewilligt. Dabei war unter anderem auch der Umstand maßgebend, daß auf dem internationalen Autographen-Markt die Briefe Hugo Wolfs Einzelpreise bis zu 900 DM erzielen, was, im ganzen gerechnet, etwa dem vierfachen Wert des vorliegenden Offerts entspräche.

- - -

Gesperrt bis 13.30 Uhr!

Vorschau auf das Budget der Stadt Wien 1966

=====

(Nähere Einzelheiten in der Einleitung zum gedruckten Voranschlag)

29. November (RK) Der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Felix Slavik und der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dr. Maria Schaumayer legten heute im "Presseclub Concordia" den in- und ausländischen Journalisten den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1966 vor.

Hoheitsverwaltung: Einnahmen 9.505 Millionen - Ausgaben: 9.741 Millionen

Der Voranschlag der Hoheitsverwaltung (Verwaltungsgruppen I bis XI) für das Jahr 1966 rechnet mit Einnahmen von 9.505,061.100 Schilling (1965: 8.658,527.500 Schilling) und mit Ausgaben von 9.741,632.000 Schilling (1965: 8.887,659.400 Schilling). Es ist somit ein Abgang von 236,570.900 Schilling (1965: 229,131.900 Schilling) zu erwarten.

Die Gesamteinnahmen weisen damit gegenüber dem Voranschlag 1965 eine Steigerung von 9.8 Prozent, die Gesamtausgaben von 9.6 Prozent auf. Der veranschlagte Abgang beträgt 2.4 Prozent der Gesamtausgaben (1965: 2.6 Prozent). Wird die durchlaufende Anlehens- und Darlehensgebarung sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite im Betrag von 745,425.000 Schilling beim Vergleich weggelassen, ergeben sich Steigerungssätze von 9.1 beziehungsweise 8.9 Prozent (Vorjahr: 8.8 und 8.9 Prozent).

Die Gesamtsumme der Einnahmen setzt sich zusammen: Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben 3.300,000.000 Schilling (37.7 Prozent), städtische Steuern und Abgaben 1.834,651.000 Schilling (20.9 Prozent), Verwaltungsabgaben, Gebrauchsgebühren, Gebühren für die Benützung städtischer Einrichtungen und Betriebsentgelte 1.051,827.600 Schilling (12 Prozent), verschiedene Einnahmen 1.775,349.600 Schilling (20.3 Prozent), Wertdurchführungen (kassenmäßig unwirksam) 797,807.900 Schilling (9.1 Prozent). Dazu kommen 500,000.000 Schilling als angenommener Erlös der Investitionsanleihe 1966 und weitere 245,425.000 Schilling an Darlehen, die alle zur Weitergabe an die Wiener Stadtwerke bestimmt sind, um diesen außerordentliche Investitionen zu ermöglichen.

Die Gesamtsumme der Ausgaben setzt sich zusammen: Personalaufwand 2.679,388.800 Schilling (29.8 Prozent), Sachaufwand 3,236,968.200 Schilling (36 Prozent), Investitionen 2,447,850.000 Schilling (27.2 Prozent), Darlehen 632,000.000 Schilling (7 Prozent). Auch auf der Ausgabenseite sind so wie bei den Einnahmen die bereits angeführten 245,425.000 Schilling für weiterzugebende Darlehen und die 500,000.000 Schilling der Investitionsanleihe 1966 eingesetzt.

#### Das Personal

Der Personalstand wird mit insgesamt 34.738 Bediensteten um 49 Personen höher sein als im Vorjahr. Wie schon 1965 ist der Mehrbedarf vor allem bei den Kindertagesheimen für die Eröffnung neuer Kindergartengruppen entstanden. Die Wohlfahrts- und Krankenanstalten werden interne Ausgleiche vornehmen. Der Erhöhung des Personalstandes bei den Wasserwerken und beim Stadtgartenamt steht eine Verminderung bei der Stadtreinigung und beim Fuhrpark gegenüber. Diese wurde durch Auflassung von Dienstposten erzielt, die wegen des herrschenden Arbeitskräft mangels schon durch längere Zeit unbesetzt waren.

Für das kommende Jahr wird ein Stand von 17.150 Pensionisten angenommen, das sind um 64 weniger als heuer.

#### Kultur, Volksbildung und Schulen

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung erhöhen sich um 43,5 Millionen auf 533,7 Millionen Schilling.

Das Kulturreamt der Stadt Wien beabsichtigt, wieder eine Großausstellung zu veranstalten. Es sollen Werke des französischen Malers Toulouse Lautrec im Oberen Belvedere gezeigt werden. Insgesamt sind vorgesehen für Ausstellungen und Veranstaltungen sechs Millionen, für Studienförderung 2,8 Millionen, für Ehrenpensionen und Zuwendungen 2,7 Millionen, für die Förderung von Kunst und Wissenschaft sowie für Volksbildung und Sport 38,3 Millionen, für die Festwochen sieben Millionen, für die Fremdenverkehrsförderung 11,4 Millionen und für die Förderung aus der Vergnügungssteuer 6,2 Millionen.

Als Ersatz für die entfallende Förderung aus dem Kulturgröschenertragnis werden sechs Millionen Schilling aus allgemeinen Steuermitteln bereitgestellt.

Mit einem Aufwand von 12,9 Millionen sollen das Haus der Begegnung, 21, Angererstraße, weitergebaut und die Instandsetzung der Hermes-Villa im Lainzer Tiergarten für Zwecke eines naturgeschichtlichen Museums begonnen werden.

Die Musiklehranstalten werden die Instandsetzung der Schule, 5, Bräuhausgasse, und die Modeschule den Bau eines Turnsaales beginnen. Für diese beiden Projekte sind 1,5 Millionen eingesetzt. Die Städtischen Büchereien werden 16,6 Millionen und die Landesbildstelle 3,3 Millionen erhalten. Für die Sicherung und Erhaltung künstlerisch und historisch wertvoller Kunstwerke werden 3,7 Millionen im Rahmen der Denkmalpflege benötigt. Davon entfallen 1,450.000 Schilling auf die Errichtung des Renner-Denkmales.

Die Stadtbibliothek rechnet mit 3,8 Millionen, die Museen bekommen für die Erwerbung von Sammelstücken 600.000 Schilling. Mit einer Baurate von 500.000 Schilling soll die Generalinstandsetzung von Franz Schuberts Geburtshaus in der Nußdorfer Straße begonnen werden.

Für den Körpersport sollen 26,5 Millionen aufgewendet werden, davon 17,5 Millionen für bauliche Herstellungen, darunter Arbeiten im Stadion und in der Stadthalle und die Fertigstellungsarbeiten an fünf Sportplätzen. Größere Beträge sind auch für neue Sportanlagen sowie für Kleinkinder- und Ballspielplätze vorgesehen.

Der Aufwand für die Schulen der Stadt Wien steigt um 23 Millionen auf 359,641.200 Schilling. Ein Vergleich der Schülerzahlen zwischen den Schuljahren 1964/65 und 1965/66 ergibt: mehr Volksschüler und Berufsschüler, aber weniger Hauptschüler und Sonderschüler. Insgesamt ergibt dies ein Steigen der Gesamtschülerzahl um 4.557. Die Vorsorge für die Einführung der polytechnischen Lehrgänge als neuntes Schuljahr erfordert die Bereitstellung erheblicher Mittel; sowohl für die Modernisierung alter Schulhäuser, als auch für neue Schulbauten, besonders in den Randgebieten.

Von den baulichen Herstellungen, für die 92,8 Millionen veranschlagt sind, werden folgende bereits begonnene Schulbauten fortgesetzt: 8, Pfeilgasse, 11, Enkplatz, 19, In der Krim, 21, Dunantgasse und Roda-Roda-Gasse sowie 22, Düsseldorfstraße.

Im kommenden Jahr soll der Bau folgender Schulen begonnen werden: 10, Migerkastraße, 20, Adalbert Stifter-Straße, 22, Wagramer Straße, 23, Mauer, Bondagasse (Zubau), und Mauer, Mangasse.

Die Fertigstellung des dritten Zentralberufsschulgebäudes in Meidling wird weitere 22 Millionen erfordern.

### Wohlfahrtswesen

Die Verwaltungsgruppe für das Wohlfahrtswesen (ohne Lehrlings- und Altersheime) wird 609 Millionen, das sind um 61 Millionen mehr als heuer, verbrauchen. Für das Jugendamt sind 66,4 Millionen vorgesehen. Die Geburtenstatistik läßt einen Bedarf von 19.000 Säuglingswäschepaketen erwarten, die 5,4 Millionen kosten werden. In den Heimen für Kinder und Jugendliche - in denen 2.035 junge Menschen wohnen - werden 102 Millionen gebraucht. Für bauliche Herstellungen und für die Erhaltung der Anlagen werden 14,8 Millionen gebraucht. Unter anderem ist der Umbau des Pavillons I im Zentralkinderheim, die Errichtung eines Turnsaales im Heim Lindenhof und die Fertigstellung des Gesellenheimes 10, Zohmanngasse, vorgesehen.

Die Ausgaben für das Pflegekinderwesen steigen auf 93 Millionen, der Aufwand für die Kindertagesheime wird 176 Millionen betragen. Für die bauliche Erhaltung der bestehenden Heime werden 7,5 Millionen für den Neubau von Kindergärten und Horten 22,8 Millionen bereitgestellt. Für die Anschaffung von Möbeln, Geräten und anderem Inventar werden 2,5 Millionen gebraucht.

Die Erholungsfürsorge des Wiener Wohlfahrtsamtes wird mit etwa 8 Millionen Schilling in 102 Turnussen ungefähr 8.200 Kinder betreuen.

Der Aufwand für die Erwachsenenfürsorge steigt wegen der Verbesserung der Fürsorgeleistungen und der höheren Zahl der Bezücker von Blindenbeihilfe von 119 auf 136 Millionen.

Die Ausgaben für die Hochwasserhilfe 1965 wurden mit sechs Millionen angenommen. Davon waren 1965 bereits drei Millionen bereitgestellt, die restlichen drei Millionen sind im Vorschlag für 1966 enthalten.

Wohlfahrts- und Krankenanstalten

Die Wohlfahrts- und Krankenanstalten (ohne Heime für Kinder und Jugendliche) werden in den Verwaltungsgruppen IV und V geführt. Sie rechnen mit Ausgaben von 1.778 Millionen (1965: 1.616 Millionen). Werden hievon die veranschlagten Einnahmen von 766 Millionen abgezogen und der Rest um die auf den eigenen Fürsorgeverband entfallenen Pflegegebühren von 83 Millionen erhöht, ergibt sich ein tatsächlicher Abgang von 1.094 Millionen Schilling, der aus Steuermitteln getragen werden muß. Die Instandhaltung der Gebäude erfordert 40 Millionen. Für Lebensmittel, Arzneien, Verbandstoffe, Brennstoffe, Gas, Strom und so weiter stehen 275 Millionen zur Verfügung. Rund 250 Millionen sind für folgende größere Projekte vorgesehen: Umbau des Pavillon XI im Altersheim Lainz, Erweiterung des Wilhelminenspitals, Neubau des Unfallchirurgischen Pavillons im Wilhelminenspital, Neubau der Krankenanstalt Rudolfstiftung, Fortsetzung des Neubaus des Allgemeinen Krankenhauses (140 Millionen) und Errichtung der Rettungsstation Arsenal.

3,2 Milliarden für das Baugewerbe und die Baunebengewerbe

Die Verwaltungsgruppe für Bauangelegenheiten hat auf der Ausgabenseite einen Betrag von 1.690 Millionen vorgesehen, die Steigerung gegenüber 1965 beträgt daher nicht weniger als 91 Millionen oder 5,7 Prozent.

Werden die aus den einzelnen Verwaltungsgruppen für die Sicherung der Vollbeschäftigung im Baugewerbe und in den Baunebengewerben in Betracht kommenden Ansätze zusammengezählt, ergibt dies eine Summe von 3.222,403.000 Schilling (1965: 3.052,027.000 Schilling).

1966: 11.300 neue Wohnungen

Mit einem Betrag von 988 Millionen - also rund einer Milliarde Schilling - soll neben der Fortsetzung beziehungsweise Fertigstellung der in den Vorjahren begonnenen Wohnbauten der Baubeginn von 5.000 Gemeindewohnungen, einschließlich der in Montagebauweise errichteten, ermöglicht werden. Dazu kommen 6.300 Wohnungen, deren Bau durch Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 durch Zusatzdarlehen zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und durch die "Wiener Wohnbauaktion 1964" gefördert werden. Das ergibt zusammen 11.300 Wohnungen.

Folgende wichtige Straßenbauten sind vorgesehen: Umbau der Lastenstraße von der Linken Wienzeile bis zur Universitätsstraße, Umbau des Matzleinsdorfer Platzes, Breitenfurter Straße von der Wienerbergstraße bis Altmannsdorfer Straße, Lorenz Müller-Gasse - Dresdner Straße von der Brigittenauer Lände bis Höchstädtplatz sowie die Erzherzog Karl-Straße von Industriestraße bis Rugierstraße. Dazu kommen zahlreiche Straßenbauten bei neuen städtischen Wohnhausanlagen, Oberflächenbehandlungen, Teppichbeläge auf Fahrbahnen und Gehsteigen und so weiter.

Die Abteilung für Brücken- und Wasserbau hat folgende Hauptaufgaben: Unterführung Lastenstraße mit Fußgängerpassage Mariahilfer Straße, Gürtelausbau zwischen Flurschützstraße und Südtiroler Platz, Bau der Brücke über die Südbahn im Zuge der Wienerbergstraße - Ruckergasse. Ferner Umbau der Nußdorfer Schleuse und Liesingbachregulierung sowie Abwasserbeseitigung und Tankerreinigungsanlage im Hafen Lobau. Bei den städtischen Gärten sind aus der Vielzahl der Projekte in fast allen Wiener Bezirken folgende hervorzuheben: Grünanlagen im Zusammenhang mit dem Umbau der Lastenstraße, Verbindung des Heustadlwassers und der Hauptallee und Herstellung von Grünanlagen an beiden Donaukanalufnern.

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten steigen um 31,7 Millionen Schilling auf 211,3 Millionen.

Die Instandhaltung und der Betrieb der Öffentlichen Beleuchtung wird 51 Millionen erfordern, für den Neubau und den Umbau der Beleuchtung sind 25 Millionen vorgesehen, davon fünf Millionen als dritte Jahresquote des Fünf-Jahres-Programmes zur Verbesserung der Beleuchtung in den Hauptstraßen.

Für die Erhaltung der Friedhöfe steigt der Aufwand für bauliche Herstellungen auf elf Millionen, wcnit Aufbahrungshallen erweitert und saniert werden sollen.

Die Kosten für die Erhaltung und den Betrieb der Anlagen für Verkehrsregelung und Verkehrsschutz steigen auf 5,5 Millionen. Für den Neubau solcher Anlagen sind 21,5 Millionen vorgesehen. Diese Ausgaben sind zum Teil bestimmt für die Großbauten der Abteilungen für Straßen- und Brückenbau.

Das Stadtforstamt wird den Lainzer Tiergarten instandsetzen, vorgesehen sind auch eine Elektroleitung zum Rasthaus Hirschg'stemm und die Wiedererrichtung des Rasthauses "Zur Schießstätte in Mauer".

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe Öffentliche Einrichtungen steigen gegenüber 1965 um 8.5 Prozent auf 967 Millionen Schilling.

Für Kanalbauten stehen 53 Millionen zur Verfügung, davon entfallen 15 Millionen auf Arbeiten in neuen städtischen Wohnhausanlagen. Größere Beträge sind im Zuge des Umbaus der Lastenstraße und auf dem Margaretengürtel, Wiedner Gürtel und Wiedner Hauptstraße sowie für den Baubeginn der Kläranlage Inzersdorf-Blumental erforderlich.

Die Wasserwerke rechnen mit Ausgaben von 410 Millionen. Davon entfallen 130 Millionen auf bauliche Herstellungen. Von diesen sind zu nennen die Fortsetzung der Arbeiten am Grundwasserwerk Lobau samt Transportleitungen; die Fassung und Ableitung der "Sieben Quellen", Rohrleitungen in der Großfeld- und Nordrand-siedlung, Rohrlegungen am Handelskai und allgemein weiterer Ausbau des Rohrnetzes.

Für die städtischen Bäder werden 89 Millionen ausgegeben. Die wichtigsten Projekte sind: Floridsdorfer Hallenbad, Erneuerung der wärmetechnischen Anlagen im Jörgerbad, erste Rate für Abbruch und Neubau des Sommerbades Hütteldorf.

Die städtischen Wäschereien haben die Vorbereitungsarbeiten für den Neubau einer Zentralwäscherei in der Nähe der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig soweit beendet, daß mit dem Bau begonnen werden kann. Als erste Baurate sind zwölf Millionen vorgesehen.

Die Gesamtausgaben für die Stadtreinigung und den Fuhrpark betragen 313 Millionen. Die Fortsetzung des Neubaus eines Straßenpflegedepots in der Wimpffengasse im 22. Bezirk ist vorgesehen, außerdem die Anschaffung von 5.000 Rundtonnen und 800 Großraumbehältern. Selbstverständlich wird auch der Fuhrpark im nächsten Jahr weiter erneuert.

Der Gesamtaufwand für die Verwaltungsgruppe Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen steigt um 51 Millionen auf 451 Millionen Schilling. Der Erhaltungsaufwand für die städtischen



Wohnhäuser steigt ständig, was zum Teil durch den Zuwachs der vielen neuen Wohnungen bedingt ist. Dafür allein sind 98 Millionen vorgesehen. Im Programm dieser Geschäftsgruppe steht auch die Modernisierung von Waschküchen, der Ankauf von Waschmaschinen und der Umbau von Heizanlagen, Zentrifugen sowie Kochkesseln in den Wäschereien und Badeanlagen in städtischen Wohnhäusern. In den Obdachlosenherbergen werden die sanitären Anlagen und die Elektroinstallation verbessert. Wie für 1965 werden auch für das kommende Jahr 800.000 Schilling für Kredite an Siedler- und Kleingärtenvereine bereitgestellt.

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe für Wirtschaftsangelegenheiten betragen 186 Millionen. Die städtische Bäckerei wird wieder einen Großteil der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten mit Brot und Gebäck versorgen.

Die Ausgaben für die Märkte sind mit 56,6 Millionen festgesetzt. Neben verschiedenen baulichen Herstellungen ist die weitere Planung eines neuen Zentralgroßmarktes vorgesehen. Im Rinderschlachthof ist der Einbau von zusätzlichen Kühlaggregaten notwendig geworden. Bauliche Verbesserungen wird es auch in der Tierkörperverwertungsanstalt geben.

In der Verwaltungsgruppe für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten wird mit Ausgaben von 401 Millionen gerechnet, was einer Steigerung von mehr als 15 Millionen Schilling entspricht.

Davon entfallen auf die Feuerwehr 130,5 Millionen. Größere Beträge sind bereitgestellt für die Neubauten der Feuerwachen Leopoldstadt und Liesing, für neue Kraftfahrzeuge, Maschinen und Geräte, unter anderem für drei Tanklöschfahrzeuge und ein Universallöschfahrzeug. Auch die schadhafte Fassade der Zentral-Feuerwache am Tiefen Graben soll instandgesetzt werden.

Für Grunderwerbungen zur Erfüllung kommunaler Aufgaben werden so wie im Vorjahr wieder 150 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Beitrag für die Kosten der Bundespolizei wird mit 97,6 Millionen angenommen. Für die Kosten der Nationalratswahl 1966 sind 6,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Gesperrt bis 13.30 Uhr!

Die Wiener Stadtwerke im Jahre 1966  
=====

29. November (RK) Die Erstellung des Wirtschaftsplanes 1966 für die Wiener Stadtwerke erfolgte unter folgenden Voraussetzungen:

1) Die Hoheitsverwaltung leistet den Verkehrsbetrieben einen Barzuschuß von 170 Millionen Schilling. Damit wird die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes gesichert, aber auch abgegolten, daß den Verkehrsbetrieben durch Altpensionen (zirka 90 Millionen Schilling) und Fremdkapitalfinanzierung (Zinsen: 96 Millionen Schilling; Tilgung rund 105 Millionen Schilling) besondere Lasten auferlegt sind.

2) Die Hoheitsverwaltung nimmt eine Kapitalaufstockung im Gesamtausmaß von rund 308 Millionen Schilling vor. Hievon werden 100 Millionen Schilling als Bareinschuß geleistet und die restlichen 208 Millionen Schilling als Sacheinlagen. Der Verlustvortrag wird Ende 1965 schon rund 1.4 Milliarden Schilling betragen und das Eigenkapital nur mehr etwa 21 Prozent des Gesamtkapitals. Setzt man die Kapitalaufstockung von 308 Millionen Schilling zum Netto-Investitionsvolumen von 1.125 Millionen Schilling in Beziehung, von dem 500 Millionen Schilling wieder durch verzinsliches Fremdkapital bedeckt werden müssen, so zeigt sich eindeutig die Notwendigkeit, die Kapitalaufstockung planmäßig fortzusetzen.

3) Die Hoheitsverwaltung hat es weiters übernommen, ab 1966 die öffentliche Beleuchtung zum Selbstkostenpreis zu bezahlen. Hiedurch ergeben sich Mehreinnahmen von rund zehn Millionen Schilling für die Elektrizitätswerke.

4) Die Hoheitsverwaltung hat schließlich auch die Tilgung und Verzinsung der vier Prozent Schweizer-Franken-Anleihe 1931 mit einem Restwert von 53,4 Millionen Schilling übernommen.

5) Das im Finanzplan ausgewiesene offene Gelderfordernis von 500 Millionen Schilling soll durch Kreditaufnahme bedeckt werden. Das Bundesministerium für Finanzen hat die Emission der zweiten Tranche einer Investitionsanleihe für 1966 bereits grundsätzlich genehmigt.

6) Die Sperren im Investitionsplan wurden so gering wie möglich gehalten und betragen insgesamt rund 130 Millionen Schilling, gegenüber rund 94 Millionen Schilling im Wirtschaftsplan 1965. Leider ist von den Investitionssperren in besonderem Maße das Gaswerk betroffen und zwar die kritische Post "Rohrnetz" mit 45 Millionen Schilling. Es ist jedoch die Annahme vertretbar, daß die Jahresabrechnung bei Strom und Gas eine Liquiditätsverbesserung bewirken wird, die die volle Erfüllung des Ausbauprogrammes bei den Gasverteilungs inrichtungen ermöglicht.

Der Voranschlag der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1966 weist bei einem Gesamtaufwand von 4.193,2 Millionen Schilling und einem Gesamtertrag von 4.173,7 Millionen Schilling einen Abgang von 19,5 Millionen Schilling aus. Das sind 0,47 Prozent des Gesamtaufwandes. Der Jahresverlust 1966 ist damit um 244 Millionen Schilling günstiger angenommen als 1965. Gegenüber dem Rechnungsabschluß 1964 mit einem Abgang von 70,5 Millionen Schilling ist der Voranschlag für 1966 um 51 Millionen Schilling günstiger.

Die Summe der Erträge der einzelnen Teilunternehmungen steigt gegenüber dem Voranschlag 1965 um 445,8 Millionen Schilling, oder knapp zwölf Prozent. Daran sind die Elektrizitätswerke zufolge höheren Stromabsatzes und der Preisregulierung mit einem Mehrertrag von rund 260 Millionen Schilling, die Gaswerke mit einem Minderertrag von rund elf Millionen Schilling, die Verkehrsbetriebe mit einem Mehrertrag von rund 186 Millionen Schilling (inklusive Zuschuß der Hoheitsverwaltung) und die Bestattung mit einem Mehrertrag von 10,8 Millionen Schilling beteiligt.

Die Aufwandsentwicklung gegenüber dem Voranschlag 1965 zeigt bei den Elektrizitätswerken einen Mehraufwand um rund 81,1 Millionen Schilling, bei den Gaswerken von rund elf Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben einen solchen von rund 98,7 Millionen Schilling und bei der Städtischen Bestattung einen solchen von rund elf Millionen Schilling.

Der Mehraufwand beträgt gegenüber Voranschlag 1965 insgesamt 201,8 Millionen Schilling, das entspricht einer Aufwandssteigerung von rund 5,1 Prozent. Aus der Differenz zwischen dem Mehrertrag und dem Mehraufwand ergibt sich eine Verbesserung des Voranschlages 1966 um 244 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag 1965.

Die erfolgswirksamen Subventionen der Elektrizitätswerke werden 100 Millionen Schilling, jene der Gaswerke 60 Millionen Schilling zugunsten der Verkehrsbetriebe betragen. Darüber hinaus erhalten die Verkehrsbetriebe im Jahre 1966 noch folgende Darlehen: von den Elektrizitätswerken 95 Millionen Schilling, von den Gaswerken 13 Millionen Schilling und von der Bestattung sechs Millionen Schilling zur Deckung des Geldbedarfes. Für 1966 ist überdies von seiten der Hoheitsverwaltung wie schon erwähnt ein Zuschuß von 170 Millionen Schilling an die Verkehrsbetriebe in den Erfolgsplan eingebaut. 1965 waren Subventionen der Teilunternehmungen in der Höhe von 196,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Der Erfolg der einzelnen Teilunternehmungen zeigt ohne Berücksichtigung der Subventionen und des Zuschusses folgendes Bild: Die Elektrizitätswerke weisen einen betrieblichen Gewinn von 345 Millionen Schilling, die Gaswerke einen solchen von 49,4 Millionen Schilling und die Bestattung einen Gewinn von 627.000 Schilling aus, während sich der Brutto-Verlust der Verkehrsbetriebe im Jahre 1966 auf 584,5 Millionen Schilling erhöht.

Durch die im Erfolgsplan ausgewiesenen Subventionen und dem Zuschuß des Magistrats verteilt sich der Abgang auf die vier Teilunternehmungen wie folgt: Die Elektrizitätswerke veranschlagen einen Gewinn von 245 Millionen Schilling, ebenso die Bestattung, und zwar 627.000 Schilling, während die Gaswerke 1966 wieder einen Verlust von 10,6 Millionen Schilling und die Verkehrsbetriebe einen solchen von 254,5 Millionen Schilling präliminieren.

Vergleicht man den echten betrieblichen Abgang der Verkehrsbetriebe, also ohne Subvention und ohne Zuschuß, 584,5 Millionen Schilling für 1966, mit dem Betriebsverlust von 449,1 Millionen Schilling im Jahr 1964, so ist der Verlust um 135,4 Millionen Schilling oder 30 Prozent höher. Davon beträgt der Mehraufwand für aktives Personal und Pensionisten allein rund 100,7 Millionen Schilling, 24,9 Millionen Schilling entfallen auf erhöhten Zinsaufwand, der Rest auf verschiedene Aufwandsposten. Die dringende Notwendigkeit zu personalsparender Rationalisierung, aber auch zur Sanierung der Kapitalstruktur wird aus diesen Ziffern deutlich.

#### Produktions- und Leistungsannahmen:

Die Elektrizitätswerke haben im Jahr 1964 2.264,7 Millionen Kilowattstunden elektrischer Energie abgegeben. Der voraussichtliche Stromverkauf 1965 wird mit 2.412 Millionen Kilowattstunden angenommen. Für 1966 wird der Stromverkauf mit rund 2.596 Millionen Kilowattstunden veranschlagt, das ist um rund 7,6 Prozent höher als im Erfolgsplan 1965. Von den 2.596 Millionen Kilowattstunden werden 61,6 Prozent in den eigenen Dampfkraft- bzw. Wasserkraftwerken erzeugt. Die restlichen 38,4 Prozent müssen von der Verbundgesellschaft um den Betrag von 371,1 Millionen Schilling bezogen werden. 1964 mußten noch 50,5 Prozent Fremdstrom um 400,3 Millionen Schilling gekauft werden und im Voranschlag 1965 ist der Fremdstromanteil noch mit 49,4 Prozent angenommen. Das Jahr 1966 wird in vollem Maße von der Rentabilitätssteigerung durch den Ausbau des Kraftwerkes Simmering (Block 3 und 4) profitieren. Da Block 5 bereits im Bau ist, dürften die Elektrizitätswerke den kritischen Punkt überwunden haben.

#### Gaswerke

Der Gasverkauf betrug im Jahr 1964 701,8 Millionen Kubikmeter. Im Erfolgsplan 1965 waren 761,4 Millionen Kubikmeter präliminiert. Diese Schätzung war wesentlich zu hoch angesetzt. Für 1966 wird der Gasverkauf entsprechend dem langjährigen Temperaturmittel mit 750,1 Millionen Kubikmeter angenommen, das

ist eine Steigerung von rund 7.1 Prozent gegenüber 1964, die als realistisch anzusehen ist.

#### Verkehrsbetriebe

Für 1966 wird beim Einheitstarif die Beförderungsleistung mit 447,2 Millionen, beim Autobus-Sondertarif mit 21,2 Millionen, zusammen also mit 468,4 Millionen Fahrgästen angenommen. Gegenüber dem Voranschlag für 1965 mit zusammen 472,5 Millionen und gegenüber dem Abschluß 1964 mit 471,4 Millionen Fahrgästen wird also mit einer weiterhin leicht sinkenden **Frequenz** der öffentlichen Verkehrsmittel gerechnet. Dieser stete Fahrgastschwund wird nach meiner Auffassung nur durch attraktivere und leistungsfähigere Massenverkehrsmittel aufgehalten werden können. Die Forderung nach einer echten U-Bahn ist daher aktueller denn je.

Für 1966 wird für den Einheitstarif mit einem Durchschnittserlös von 185.7 Groschen pro Fahrgast, beim Autobus-Sondertarif von 178.5 Groschen pro Fahrgast gerechnet. In dieser leichten Ertragssteigerung äußert sich der rationellere Einsatz großräumiger Verkehrsmittel mit verbessertem Platzangebot.

Die Städtische Bestattung hat in ihrem Wirtschaftsplan 1966 die Ansätze für die voraussichtliche Anzahl der Bestattungsfälle entsprechend der Normalsterblichkeit gegenüber den Ansätzen des Vorjahres fast unverändert mit 27.850 Fällen angenommen.

#### Der Personalstand der Wiener Stadtwerke:

Die Wiener Stadtwerke rechnen für das Jahr 1966 mit einem Stand von insgesamt 18.924 Bediensteten (inklusive kaufmännischer Lehrlinge). Auf die Elektrizitätswerke entfallen davon 4.036, auf die Gaswerke 2.192, auf die Verkehrsbetriebe 12.142 und auf die Bestattung 554 Bedienstete (inklusive fallweise Beschäftigter). Gegenüber den Ansätzen für das Jahr 1965 ergibt sich eine Verminderung des Personalstandes um 501 Bedienstete. Im einzelnen weisen die Personalstände der Elektrizitätswerke eine Zunahme um 3, die der Gaswerke eine Verminderung um 31, die der Verkehrsbetriebe eine Verminderung um 466 und die der Be-

stattung eine solche um sieben Bedienstete auf. In den Personalständen der Teilunternehmungen sind insgesamt 165 kaufmännische Lehrlinge enthalten. Im Präliminare 1966 wurden die sogenannten Personal-Sollstände weitgehend den Istständen angepaßt.

Bei den Pensionsparteien wird eine Abnahme um 205 Pensionsparteien von 18.875 auf 18.670 angenommen. Somit kommen bei den Gaswerken bereits 117 und bei den Verkehrsbetrieben 115 Pensionsparteien auf 100 aktive Bedienstete. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten wird im Jahr 1966 37.594 gegenüber 38.300 im Jahr 1965 betragen, also um 706 geringer sein. Der tatsächliche Stand der Aktiven zum 31. Oktober 1965 beträgt 17.806 Bedienstete (inklusive kaufmännischer Lehrlinge). Daraus ersieht man, daß gegenüber dem Sollstand den Stadtwerken rund 1.100 Bedienstete fehlen. Den Verkehrsbetrieben fehlen 868 Bedienstete auf den Sollstand, vorwiegend Hilfsarbeiter und Fahrpersonal.

#### Beachtliches Investitionsvolumen:

War das freie Investitionsvolumen der Wiener Stadtwerke 1965 mit 1.030,3 Millionen Schilling angenommen, so ist für das Jahr 1966 eine Steigerung um 94,9 Millionen Schilling oder zirka neun Prozent auf rund 1.125,2 Millionen Schilling vorgesehen. Allerdings muß die Finanzierung dieses beachtlichen Investitionsvolumens zum überwiegenden Teil, nämlich mit 606 Millionen Schilling aus Fremdkrediten und Bauzuschüssen vorgenommen werden, während nur 519,2 Millionen Schilling aus den laufenden Einnahmen für Investitionen zur Verfügung stehen. Im einzelnen beträgt das Investitionserfordernis der Elektrizitätswerke 606,7 Millionen Schilling, der Gaswerke 215 Millionen Schilling, der Verkehrsbetriebe 298,4 Millionen Schilling und der Bestattung fünf Millionen Schilling. Gegenüber dem Voranschlag 1965 ergibt sich bei den Elektrizitätswerken eine Steigerung um 93,5 Millionen Schilling, bei den Gaswerken leider eine Verminderung um 85,2 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben eine Steigerung um 87,6 Millionen Schilling und

bei der Bestattung eine Verminderung um 1,1 Millionen Schilling. Auf das Problem des Rohrnetzausbaues der Gaswerke habe ich bereits hingewiesen.

#### Investitionspläne der Teilunternehmungen:

Seit Kriegsende zeigt sich in der Elektrizitätswirtschaft ein steter Bedarfszuwachs. Zwischen Volkseinkommen, Lebenshaltung und Elektrizitätswirtschaft besteht ein wesentlicher Zusammenhang. Die Wiener Elektrizitätswerke haben ihren Ausbau in richtiger Einschätzung der Bedarfsentwicklung geplant. Sie ernten 1966 besonders sichtbar die Früchte ihres guten Planens. Die Industrialisierung und die Technisierung der Haushalte schreitet weiter fort und die Planung hat sich gerade bei Strom heute schon nach dem Jahr 1975 zu orientieren. Daraus erklärt sich auch das hohe Investitionsbudget der Elektrizitätswerke von mehr als 600 Millionen Schilling.

Die Elektrizitätswerke investieren unter anderem: für das Kraftwerk Simmering 72,5 Millionen Schilling, das Kraftwerk Engerthstraße 1,5 Millionen Schilling, für Umspann- und Unterwerke (ohne Bahnversorgung) 92,9 Millionen Schilling, für die Bahnversorgung 10,1 Millionen Schilling, für Leitungsnetze (ohne Bahnversorgung) 174,4 Millionen Schilling, für Ortsnetze 30 Millionen Schilling, für den Kundendienst (Meßeinrichtungen, Zähler, usw.) 25 Millionen Schilling.

An besonders interessanten Details aus dem Investitionsplan der Elektrizitätswerke wären zu erwähnen: Die Fertigstellung einer Kühlwasserversorgungsanlage mit Umbau und Erweiterung der Einlauf- und Auslaufkanäle in Simmering, wofür 4,3 Millionen Schilling vorgesehen sind. Die Fertigstellung eines neuen Auslaufbauwerkes. Für die Fertigstellung des dritten Teiles des Öl- und Kohlenlagers sind 7,4 Millionen Schilling bereitgestellt und für die Erweiterung der 28 Kilovolt-Anlage werden 6,2 Millionen Schilling benötigt.



Entsprechend dem nach wie vor steigenden Stromverbrauch wird auch im Jahre 1966 der Bau von Umspann- und Unterwerken in forciertem Tempo fortgesetzt. So sind für die Weiterführung des Umspannwerkes Gaudenzdorf 27,5 Millionen Schilling, des Umspannwerkes Kaiser-Ebersdorf 23,5 Millionen Schilling, für das Umspannwerk Mariahilf 3,3 Millionen Schilling, für das Umspannwerk Michelbeuern acht Millionen Schilling, für das Umspannwerk Währing zwölf Millionen Schilling vorgesehen.

Im außerordentlichen Investitionsprogramm sind für das bereits arbeitende Werk 4 (100/110 MW-Dampfanlage) die Schlußrechnung von 23 Millionen Schilling, und für die neue 100/110 MW-Dampfanlage, Werk 5, deren Bau 1965 begonnen wurde, 156 Millionen Schilling vorgesehen.

Abgesehen vom mangelhaft ausgebauten Rohrnetz liegen die größten Probleme der Gaswerke bei der Bewältigung des Spitzenbedarfes. Dieser Spitzenbedarf wird durch die Zunahme der Gasheizungen besonders akzentuiert. Aber im Heizgas liegt die Zukunft der Gaswerke, also müssen die Probleme bewältigt werden. Die Entgiftungsanlagen in Simmering und Leopoldau sind in Bau und sollen 1967 fertiggestellt sein. Im Werk Simmering entsteht ein neuer Schraubengasbehälter. Die Kokserzeugung wird 1966 zur Gänze auf das Werk Leopoldau konzentriert werden. Leider beträgt der Rückstand der Rohrlegung rund 300 Kilometer, das ist etwa 1/8 des bestehenden Rohrnetzes.

Die Gaswerke verwenden die ihnen zur Verfügung stehenden Investitionsbeträge unter anderem für: Werk Simmering 13,4 Millionen Schilling, Werk Leopoldau 30,1 Millionen Schilling, Straßenrohrnetz Druckregler und Behälter 50,1 Millionen Schilling, Gaszähler 18 Millionen Schilling. Das außerordentliche Investitionsprogramm ist mit 100 Millionen Schilling dotiert. Von diesem Betrag entfallen 43 Millionen Schilling auf Gasentgiftungsanlagen und 40 Millionen Schilling auf den Ausbau des Hauptrohrnetzes.

Im Gaswerk Leopoldau sind für die Fertigstellung einer Koks-aufbereitungsanlage zehn Millionen Schilling vorgesehen.

Fünf Millionen Schilling sind für die Weiterführung der Errichtung von Gaserzeugungsanlagen zur Spitzengasversorgung im Winter eingesetzt. Für die Fertigstellung von Behälteranlagen für Leichtbenzin als Rohstoffbasis zur Gasspitzendeckung sind noch zwei Millionen Schilling notwendig. Für die Erweiterung der Kesselhäuser und Aufstellung neuer Dampfkessel für die Gaserzeugung und Gasförderung sind fünf Millionen Schilling vorgesehen und für die Neuaufstellung größerer Stadtgasfördergebläse ebenfalls fünf Millionen Schilling.

Den Verkehrsbetrieben steht 1966 ein Investitionsbudget von 293,5 Millionen Schilling zur Verfügung. Von diesem Betrag entfallen 211,6 Millionen Schilling auf außerordentliche Investitionen. Unter diesen außerordentlichen Investitionen sind durch das Stadtbauamt verursachte Umbauten mit 61,8 Millionen Schilling veranschlagt. Rund die Hälfte dieses Betrages wird den Verkehrsbetrieben allerdings wieder von der Magistratsabteilung 28 rückvergütet. Lastenstraße und Matzleinsdorfer Platz sind hier die größten Aufwandsposten.

Im Mittelpunkt des Investitionsprogrammes 1966 steht der Ersatz auszuscheidender überalterter Straßenbahnwagen mit einem Aufwand von 99,1 Millionen Schilling. Für den Umbau von Wagen für den schaffnerlosen Betrieb sind 14,3 Millionen Schilling vorgesehen. Für die Beschaffung von Großraumautobussen wären rund 34 Millionen Schilling erforderlich, wovon allerdings 15,6 Millionen Schilling mit Sperrern belegt sind.

Im Jahre 1966 wird auch der Bau einer neuen Hauptwerkstätte in Angriff genommen werden. Für dieses dringende Projekt sind 31,1 Millionen Schilling bereitgestellt. Die Gesamtkosten der neuen Hauptwerkstätte sind mit 442 Millionen Schilling veranschlagt, der Bau soll bis 1972 fertiggestellt sein.

Für die Erhaltung der Gleisanlagen bei Straßenbahn und Stadtbahn sind 26,8 Millionen Schilling vorgesehen und schließlich seien noch jene 2,6 Millionen Schilling erwähnt, die für die Beschaffung automatischer Fahrscheinrentwerter bereitgestellt sind.

Die Bestattung beabsichtigt für die vorgesehenen fünf Millionen Schilling unter anderem die Anschaffung von zwei Toten-transport-Kraftwagen und eines Mannschaftswagens, einer Unimog-Zugmaschine, eines Kombi-Kraftwagens und eines Personenkraftwagens. Weiters sind bauliche Herstellungen in der Filiale IV, in zwei Friedhofs-Aufbahrungshallen und die Wiedererrichtung der Aufbahrungseinrichtungen der Halle II im Wiener Zentralfriedhof vorgesehen.

Zusammenfassung: Da 1966 zwei Teilunternehmen mit Verlust abschließen, läßt sich die wirtschaftliche Lage der Wiener Stadtwerke noch keinesfalls als befriedigend bezecöhnen. Der verhältnismäßig geringe saldierte Verlust darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die strukturellen Probleme auf der Kapitalseite nach wie vor ungelöst sind und damit auch investitionsbedingte Rationalisierungsmaßnahmen verzögert werden. Was aber den Zuschuß der Hoheitsverwaltung zur Erfolgsrechnung 1966 anlangt, so kann ich nur wünschen, daß er den Wiener Stadtwerken auch in den kommenden Jahren in gleicher Höhe gewährt werde.

- - -

Nr. 3204

ist nicht

vorhanden

---

Samstag Eröffnung des Blockkraftwerkes IV in Simmering  
=====

29. November (RK) Bürgermeister Bruno Marek wird kommenden Samstag, den 4. Dezember, das neue Blockkraftwerk IV im E-Werk Simmering offiziell seiner Bestimmung übergeben. Bei der Eröffnungsfeier, die um 9.30 Uhr beginnt, wird Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Reisinger die Festgäste begrüßen. Hierauf spricht der Direktor der E-Werke Dipl.-Ing. Ruiß. Sodann ergreift der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, das Wort. Zum Abschluß spricht Bürgermeister Bruno Marek, der die Eröffnung vornehmen wird.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zur Eröffnung des Blockkraftwerkes IV Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden. Die Stadtwerke haben zur Fahrt nach Simmering einen Autobus bereitgestellt, der Samstag, den 4. Dezember, 8.30 Uhr, vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, abfährt. Für diejenigen, die mit eigenen Wagen fahren: Der Eingang zum E-Werk Simmering befindet sich in Wien 11, Simmeringer Lände 2. Für die Straßenbahnfahrer: Das E-Werk ist mit den Straßenbahnlinien 80 und 106 erreichbar.

- - -

Wiens Stadtverwaltung kämpft um einen historischen Stadtteil  
=====Zur bevorstehenden Eröffnung des "Blutgassen-Viertels"

29. November (RK) Am Freitag, dem 3. Dezember, um 10 Uhr, wird, wie bereits angekündigt, Bürgermeister Bruno Marek die über Initiative der Wiener Stadtverwaltung in ihrer historischen Gestalt wiederhergestellten Häuser um den "Fähnrichshof", 1, Singerstraße 11, ihren zukünftigen Benützern übergeben.

Die Bemühungen um die Erhaltung dieses historischen Stadtviertels gestalteten sich einigermaßen dramatisch. Für die Verantwortlichen im Wiener Stadtbauamt stand jedoch fest, daß dieses Stück Alt-Wien nicht der Spitzhacke verfallen und modernen Neubauten weichen dürfe, die das Viertel hinter dem Stephansdom seines Charakters beraubt hätten.

Die Häuser um den "Fähnrichshof", deren Baugeschichte bis ins zwölfte Jahrhundert zurückreicht, erhielten ihre heutige Form nach einem großen Brand im Juni 1753, nach dem sie gründlich erneuert und aufgestockt wurden. Sie beherbergten im Laufe der Geschichte zahlreiche bedeutende Persönlichkeiten und sind jedes für sich ein siedlungs- und kulturgeschichtliches Dokument. Besonders charakteristisch für die bürgerliche Baukunst in Wien im 17. und 18. Jahrhundert ist das Haus Blutgasse 3. Es wird charakterisiert durch einen schmalen langen Innenhof, wo offene Gänge die einzelnen Räume jedes Geschosses miteinander verbinden. Von diesen hofseitigen Verbindungsgängen, im Volksmund "Pawlatschen" genannt, haben derartige Gebäude den Namen "Pawlatschenhaus". Besonders schön ist auch das Haus Ecke Blutgasse-Singerstraße, mit einem durchgehenden Renaissance-Erker auf Konsolen über dem Erdgeschoß.

Vom Verfall bedroht

Im und nach dem zweiten Weltkrieg haben diese Häuser sehr gelitten. In ihrem Inneren hat sich ein ungeordnetes Konglomerat von Klein- und Mittelwohnungen ohne jeden Komfort gebildet, von denen viele jahrelang unbewohnt waren. Was in diesen leeren

Wohnungen nicht niet- und nagelfest war, wie Armaturen, Beschläge, Leitungsrohre, Türen und Fenster, haben sich unbefugte "Ent-rümpler" im Lauf der Jahre restlos herausgeholt. Auch die Dächer waren bereits undicht und man konnte sich den Zeitpunkt des völligen Verfalles unschwer errechnen.

In dieser Situation griff die Stadt Wien ein und schrieb 1956 einen Ideenwettbewerb aus, der Pläne für eine Umwandlung des Viertels zwischen Stephansplatz und Riemergasse in ein Wohnzentrum mit verschiedenen öffentlichen Einrichtungen erbringen sollte. Es zeigte sich jedoch, daß diese Absichten nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten zu verwirklichen gewesen wären, da man die Liegenschaften erst erwerben und die darin befindlichen Mieter anderweitig unterbringen hätte müssen. Der Stadt Wien gelang es jedoch, die Häuser um den Fährnichshof und das Pawlatschenhaus aufzukaufen und die Mieter in neue Wohnungen beziehungsweise Geschäftslokale abzusiedeln. Man beschränkte jetzt die Sanierungspläne auf diese Objekte und erklärte das gesamte Viertel zum Fußgängerbereich. 1960 wurden die Architekten Prof. Euler und Prof. Turner mit der Planung für die Sanierung beauftragt.

#### Assanierung ohne Belastung des Steuerzahlers

Man fand schließlich eine Möglichkeit der Finanzierung, die für die Sanierung von Altstadtvierteln wegweisend werden dürfte. Man kann auf diese Art nämlich bauliche Werte erhalten, ohne allgemeine Steuermittel dafür heranziehen zu müssen. Im Fall der Blutgasse sieht das so aus: Die Stadt Wien als Grundeigentümer überträgt der "Ekazent", einer Tochtergesellschaft der Zentralsparkasse, ein Baurecht auf 80 Jahre. Die "Ekazent" übernimmt die Baudurchführung und Vorfinanzierung und sucht private Interessenten für die renovierten Räumlichkeiten. Die Interessenten tragen die Gesamtkosten, teils durch Investitionsbeiträge, teils durch die Mietzinse, sodaß das gesamte Vorhaben kostendeckend durchgeführt werden kann. Den Mietern werden weitgehende Bestandsrechte eingeräumt, die auch grundbücherlich eingetragen werden können.

Im Spätherbst 1962 wurde mit der Restaurierung begonnen, wobei es manche unliebsamen Überraschungen gab. Zahlreiche schadhafte Dippelbäume und morsche Mauern mußten erneuert und zeitraubende Sicherungsarbeiten durchgeführt werden. Ein Teil des Hauses Blutgasse 3 mußte wegen eines Kanalschadens abgetragen und neu wieder aufgebaut werden. Die meisten Bauschäden waren von außen nicht zu erkennen und traten erst im Verlauf der Arbeiten zutage, was die "Ekazent" immer wieder vor schwierige finanzielle Probleme stellte.

Heute zeigen die Häuser Blutgasse 3-7 und Singerstraße 9-11c äußerlich ihr liebenswertes Alt-Wiener Gesicht, während die 29 Wohnungen und 11 Geschäftslokale in ihrem Inneren jeden neuzeitlichen Komfort aufweisen. Alle Wohnungen verfügen über Badezimmer, Zentral- oder Etagenheizungen und ein Haus hat sogar einen Lift. Die Gesamtkosten der Sanierung betragen rund 20 Millionen Schilling, zu denen die Stadt Wien einen Zuschuß von 1,8 Millionen leistete, und zwar für Arbeiten, die ausschließlich der Stadtbildpflege und der Aufschließung der sanierten Gebäude dienen.

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern an die Eröffnung des Blutgassen-Viertels am Freitag, 3. Dezember um 10 Uhr im Fährlichshof und an die Presseführung vorher. Die Berichterstatter und Fotoreporter werden eingeladen, sich zu dieser Presseführung um 8.45 Uhr im Domstüberl, 1, Singerstraße 11 a einzufinden.

- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen, Dienstag, den 30. November, um 17 Uhr, in der Wiener Secession die Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden - 1965" eröffnet wird. Außerdem findet am gleichen Tag um 15.30 Uhr eine Pressebesichtigung dieser Ausstellung statt. Sie sind herzlich eingeladen, sowohl zur Eröffnung als auch zur Besichtigung Fotoreporter und Berichterstatter zu entsenden.

- - -



Junge sowjetische Gewerkschafter im Rathaus  
=====

29. November (RK) Heute vormittag empfing Bürgermeister Bruno Marek in seinem Arbeitszimmer fünf junge sowjetische Gewerkschafter, die das Jugendreferat des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zu einem Studienaufenthalt nach Wien eingeladen hat. Bürgermeister Marek unterhielt sich mit den russischen Gästen längere Zeit über Jugendprobleme in Wien, Moskau und anderswo. Die sowjetische Gewerkschaftsdelegation wird auch zu Stadtrundfahrten eingeladen, in deren Rahmen verschiedene kommunale Einrichtungen gezeigt werden.

- - -

Personalnachrichten  
=====

29. November (RK)

Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Hans Bock hat heute der Wiener Stadtsenat Stadtbaurat Dipl.-Ing. Josef Ahne (Magistratsabteilung 24) zum Oberstadtbaurat befördert. Der ärztliche Abteilungsvorstand Dr. Peter Wurnig (Magistratsabteilung 17) und der Institutsvorstand Prof. Dr. Johann Zeitlhofer (Magistratsabteilung 17) wurden in die Dienstklasse VII befördert.

- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen, Dienstag, den 30. November, um 9.30 Uhr, Bürgermeister Marek die Ausstellung "Stadterneuerung in Wien" in der Volkshalle des Wiener Rathauses eröffnen wird. Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden. Außerdem findet für die Pressevertreter eine Stunde nach der Eröffnung, also um 10.30 Uhr, noch eine besonders instruktive Presseführung statt, bei der Stadtrat Heller und die leitenden Beamten des Stadtbauamtes die Ausstellung erläutern werden.

- - -

"Schneefresser" schmilzt 36 Tonnen Schnee pro Stunde  
=====

29. November (RK) Wie wir bereits berichtet haben, wird die Wiener Straßenreinigung im kommenden Winter in Stadtteilen mit besonders verkehrswichtigen Punkten ein modernes Schneeschmelzgerät einsetzen, das die Stadt Wien zunächst gemietet hat. Der Amtsführende Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen, Hubert Pfoch, besichtigte heute diesen "Schneefresser" in der Hauptwerkstätte der Magistratsabteilung 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark), 17, Lidlgasse 5. Senatsrat Dipl.-Ing. Fischer, der Leiter der Magistratsabteilung 48, und Senatsrat Dipl.-Ing. Tögel, der Leiter des Fuhrparkes, erklärten dem Stadtrat die Wirkungsweise des neuartigen Geräts, das eine Kapazität von 36 Tonnen Schnee pro Stunde hat.

Das Prinzip des von einer deutschen Firma in amerikanischer Lizenz erzeugten "Thermal-Schneesmelzers" ist einfach - "watscheneinfach", wie man bei uns sagt. Das als Ikw-Anhänger gebaute mobile Gerät besteht im wesentlichen aus einer großen Schmelzwanne, in die etwa 2,5 Kubikmeter Wasser gefüllt werden, einem Ölbrenner, einem Dieselmotor und einem Gebläse. Der Ölbrenner ragt in die Schmelzwanne hinein und erwärmt das Wasser auf 20 bis 40 Grad Celsius. Mit einem Ladegerät wird nun der Schnee in die Schmelzwanne gefüllt. Das heiße Wasser wird durch den Auftrieb nach oben gepreßt und über den Schnee gesprüht. Das Schmelzwasser wird sodann durch den Abfluß in einen Kanal geleitet.

Auf diese Weise können, wie schon erwähnt, 36 Tonnen Schnee in der Stunde geschmolzen werden. Welche Arbeitersparnis das bedeutet und um wieviel schneller die Schneehaufen damit zum Verschwinden gebracht werden können, liegt auf der Hand. Im vergangenen Winter mußten rund 350.000 Kubikmeter Schnee mit Lastwagen weggeführt und in die Kanäle geworfen werden, was nicht zuletzt auch die Gefahr von Kanalverstopfungen mit sich brachte. Mit dem neuen Gerät wird diese Gefahr vermieden. Im übrigen haben die Techniker, die das Gerät entwickelt haben, auch dafür gesorgt, daß Steine und andere Fremdkörper, die sich oft in den Schneehaufen

finden, sofort weggeräumt werden können. Sie fallen unterhalb der Schmelzwanne in einen Schacht, der regelmäßig und sogar während des Betriebes entleert werden kann.

Über den Ankauf solcher Geräte wird erst entschieden werden, wenn man die Erfahrungen aus seinem Betrieb im kommenden Winter ausgewertet haben wird. Als Miete verlangt die Erzeugerfirma für den ganzen Winter 9.000 DM, das sind rund 58.000 Schilling. Sollte das Gerät gekauft werden, dann wird die Miete in den Kaufpreis eingerechnet.

#### Achtung, Hausbesorger!

Die Wiener Straßenreinigung macht nochmals darauf aufmerksam, daß mit einer Verordnung des Wiener Magistrats vom 14. Oktober eine Neuregelung der Gehsteigreinigung getroffen wurde. Die Hauseigentümer sind zur Schneesäuberung und Bestreuung der Gehsteige nur bis zu einer Breite von 1.50 Meter verpflichtet. Die darüber hinausgehende Breite des Gehsteiges darf nur so weit gesäubert werden, daß ein entsprechend breiter Streifen für die Schneeablage verbleibt. Mit dieser Bestimmung will man erreichen, daß die Fahrbahnen von den Schneehaufen entlastet werden.

- - -

#### Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

29. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilogramm, inländischer Kohl 4 bis 7 S je Kilogramm, inländisches Weißkraut 2.80 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Inländische Äpfel Wirtschaftsware 4 bis 7 S je Kilogramm, inländische Äpfel Tafelware 8 bis 12 S je Kilogramm, ausländische Orangen 5 bis 10 S je Kilogramm.

- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Dezember  
 =====

29. November (RK) Im Dezember sind nachstehende Abgaben fällig:

- 10. Dezember: Ankündigungsabgabe für November,  
Getränkesteuer für November,  
Gefrorenessteuer für November,  
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die  
zweite Hälfte November
- 14. Dezember: Anzeigenabgabe für November,  
Ortstaxe für November
- 15. Dezember: Lohnsummensteuer für November
- 25. Dezember: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die  
erste Hälfte Dezember

- - -

Rinderhauptmarkt vom 29. November  
 =====

29. November (RK) Unverkauft von der Vorwoche: O. Neuzufuhren Inland: 70 Ochsen, 275 Stiere, 788 Kühe, 185 Kalbinnen, Summe 1.318. Polen 8 Stiere. Gesamtauftrieb: 70 Ochsen, 283 Stiere, 788 Kühe, 185 Kalbinnen, Summe 1.326. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 13.50 bis 16.40 S, extrem 16.90 bis 17.50 S, 8 Stück; Stiere 14 bis 16.60 S, extrem 17 bis 17.30 S, 3 Stück; Kühe 9.80 bis 13.50 S, extrem 13.80 bis 14.20 S, 3 Stück; Kalbinnen 13 bis 16.50 S, extrem 16.70 bis 17.50 S, 11 Stück; Beinlvieh Kühe 7.30 bis 9.70 S, Ochsen und Kalbinnen 11 bis 12.80 S, polnische Stiere 15.30 S.

Die Durchschnittspreise ermäßigten sich bei Ochsen um 35 Groschen, bei Stieren um 10 Groschen, bei Kalbinnen um 10 Groschen je Kilogramm und erhöhten sich bei Kühen um 9 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh betragen für: Ochsen 14.57 S, Stiere 15.38 S, Kühe 10.61 S, Kalbinnen 14.97 S; Beinlvieh notierte unverändert. Zufuhren im Auslandsschlachthof aus dem Inland 24 Rinder.

- - -

## Detailfragen des Budgets 1966

=====

29. November (RK) In der heutigen Pressekonferenz in den Räumen des "Presseclub Concordia", bei der Vizebürgermeister Felix Slavik und Stadtrat Dr. Maria Schaumayer den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für 1966 erläuterten, nahmen die Journalisten die Gelegenheit wahr, in der Diskussion Fragen zum Budget an die Referenten zu richten.

Vizebürgermeister Slavik gab auf Befragen nähere Aufklärung über die Subventionen der Hoheitsverwaltung an die Verkehrsbetriebe und erklärte, daß nicht daran gedacht war, den Zuschuß von 170 Millionen aus den Reserven zu nehmen. Er hoffe, durch Sparsamkeit und Mehreinnahmen die 170 Millionen herauswirtschaften zu können. Im Budget mußte diese Summe jedoch als aufzunehmendes Darlehen aufscheinen, weil es nicht sicher ist, ob das gelingt und die Verkehrsbetriebe mit den Ansätzen fix kalkulieren müssen. Bewußt wurde auf eine Erhöhung der Straßenbahntarife verzichtet, um dem Preisauftrieb entgegenzuwirken. Diese Maßnahme der Stadt Wien stellt einen Beitrag zur Stabilisierung der Kaufkraft des Schillings dar.

Auf die Frage eines Journalisten, ob für den Neubau des Dianabades ein Betrag eingesetzt sei, erklärte Vizebürgermeister Slavik, daß die Planung für dieses Projekt noch nicht fertig sei, weshalb auch kein Betrag eingesetzt werden konnte. Werden die Unterlagen im Lauf des Jahres 1966 fertig, kann der Gemeinderat noch immer beschließen, eine erste Baurate zu genehmigen.

Zum Problem des Hochwasserschutzes der Donau: Diesbezüglich seien die Rechtsauffassungen des Bundes und des Landes Wien verschieden. Der Bund steht auf dem Standpunkt, nur für die Erhaltung bereits bestehender Hochwasserschutzanlagen zuständig zu sein, während das Land Wien meint, daß die Republik als Eigentümerin der Donau auch für die Neuerrichtung von Schutzanlagen kompetent sei.

Dieser juristische Streit ist noch nicht entschieden, weshalb im Budget für das Hochwasserschutzprojekt nichts aufscheint. Auch dafür kann nachträglich ein Betrag genehmigt werden.

Der Aufwand für das Lehrpersonal wird 1966 deshalb wesentlich höher sein, weil die Stadt Wien jetzt schon Lehrkräfte für das neunte Schuljahr aufgenommen hat.

Zum Problem der höheren Bundesbeiträge für die Spitäler sagte Vizebürgermeister Slavik, daß hier solange keine Entscheidung getroffen werden kann, solange das neue Parlament nicht gewählt ist und eine Änderung des Krankenanstaltengesetzes beschlossen hat. Derzeit laufen Verhandlungen mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger über eine Erhöhung der Verpflegungsbeiträge in den Spitälern, die vielleicht noch heuer abgeschlossen werden können.

Dr. Maria Schaumayer beantwortete eine Frage nach der Möglichkeit neuer Anschlüsse von Gas-Heizgeräten: Derartige Ansuchen mußten leider in größerer Zahl abgelehnt werden. Die Gaswerke haben nämlich Richtlinien festgelegt, um die Diskrepanz zwischen dem Gasverbrauch im Sommer und der Winterspitze nicht noch mehr zu erhöhen. Deshalb ist man bei Geräten, die nur im Winter Gas verbrauchen, zurückhaltend. Bei Althäusern kommen dazu oft auch technisch nahezu unlösbare Probleme der Rohrdurchmesser und Ähnliches. Bei Neubauten bemüht man sich ohnedies in jedem Fall, für entsprechende Gasanschlüsse Sorge zu tragen.